



## Presseinformation

Nr. 331 /2009

Kiel, Mittwoch, 2. Dezember

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Günther Hildebrand, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft/ Verkehr/ Flughafen Lübeck-Blankensee

### Kumbartzky/Vogt: „SPD, Grüne und Linke gefährden hunderte von Arbeitsplätzen in Lübeck“

Zur heutigen Beratung des Wirtschaftsausschusses zum Thema Flughafen Lübeck-Blankensee, sagten der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**, sowie der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Sowohl die Aussagen des Lübecker Bürgermeisters Saxe (SPD) als auch der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Böhme haben deutlich gemacht, dass die Entscheidung der Lübecker Bürgerschaft für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Arbeitsmarktlage in der Region Lübeck eine Katastrophe ist. Mit der Weigerung der finanziellen Unterstützung ist der Planfeststellungsbeschluss so gut wie hinfällig.“

Die Abwicklung der Flughafengesellschaft im März 2010 würde bedeuten, dass die bislang in den Flughafen investierten rund 20 Millionen Euro abzuschreiben wären. Hinzu kämen weitere rund 15 bis 20 Millionen Euro für die Abwicklung der Gesellschaft, zum Beispiel für eine Auffanggesellschaft für die 130 Mitarbeiter, die alleine bei der Flughafengesellschaft beschäftigt sind. Hinzu kämen weitere erhebliche Einbußen im Tourismus, im Gastgewerbe und in vielen weiteren Wirtschaftsbetrieben in der Region.

Auf Antrag von CDU und FDP hat der Wirtschaftsausschuss heute beschlossen, das Thema erneut auf die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses zu setzen, wenn die Stadt Lübeck ihr sogenanntes „take off“- Konzept erarbeitet hat. Dem Flughafen Blankensee muss die Chance für eine weitere positive Entwicklung gegeben werden.

Die FDP unterstützt daher das Bürgerbegehren in Lübeck, das zum Ziel hat, diesen arbeitsplatzvernichtenden Beschluss zu kippen. Zudem appellieren wir inständig an die schleswig-holsteinische SPD, dem Blindflug ihrer Genossen in Lübeck ein Ende zu bereiten“, so Kumbartzky und Vogt abschließend.